



Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

**Kreisverband Stormarn**

**Ortsverband Reinbek**

S  
O  
Z  
I  
A  
L  
R  
E  
P  
O  
R  
T  
1.

# Rentenpolitik

## Inhalt

Vorwort .....	4
Rentenanpassungen .....	5
Beitragsätze allgem. RV .....	6
Entwicklung des Standardrentenniveaus .....	7
Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der laufenden Renten .....	8
Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der <i>Rentenzugänge 2013</i> .....	9
Entwicklung des Rentenbestands (am Jahresende) .....	10
Entwicklung der durchschnittlichen Rentenbezugsdauer .....	11
Entwicklung des durchschnittlichen Rentenzugangsalters .....	12
Daten aus Schleswig-Holstein .....	13
Anzahl der Renten in Schleswig-Holstein in 2013 .....	13
Durchschnittliche Rentenhöhe in Schleswig-Holstein in 2013 .....	13
Vergleich Altersrente alle Renten und Renten mit mindestens 35 Versicherungsjahren in Schleswig-Holstein .....	13
45 Jahre Mindestlohn verdient .....	14
Einige Schlussfolgerungen des SoVD .....	15
Über uns .....	17
Quellenverzeichnis .....	18

## **Impressum**

Herausgeber:

SoVD Ortsverband Reinbek

Homepage: [www.sovd-reinbek.de](http://www.sovd-reinbek.de)

und

SoVD Kreisverband Stormarn,

Königstraße 10

23843 Bad Oldesloe

T. 04531 2772

Homepage: [www.sovd-stormarn.de](http://www.sovd-stormarn.de)

**Verantwortlich:**

Helmut Uder, Ortsverbandsvorsitzender Reinbek und

stellvertretender Kreisvorsitzender Stormarn, Pressesprecher

Reinbek, Bad Oldesloe, Dezember 2014

## Vorwort

Die Sozialpolitik in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten völlig umgekrempelt worden. Es fand ein politischer Paradigmenwechsel statt.

Wer kann sich noch erinnern, wie es mal war. Die Bonner Republik, benannt nach der rheinischen Kleinstadt, die Bundeshauptstadt war, entwickelte sich wirtschaftlich positiv, die Regierenden ließen die Bevölkerung durch wachsende soziale Sicherheit und starke soziale Leistungen an dieser Entwicklung teilhaben. Westdeutschland wurde zum kapitalistischen Vorzeigeland. Westdeutschland lag an der Nahtstelle zum „Eisernen Vorhang“ und musste gegenüber der DDR und dem Ostblock wirtschaftliche und soziale Überlegenheit des westlichen Systems demonstrieren. Davon profitierte die ganze Bevölkerung.

Unter der Regierung Kohl (CDU)-Lambsdorf (FDP) fing es dann in den 80er Jahren an, wir würden zu wenig arbeiten, wir lebten in einem Freizeitpark, wir lägen in der sozialen Hängematte. Soziale Errungenschaften wurden diffamiert. Die Folge waren Kürzungen und Leistungseinschränkungen in allen sozialen Bereichen.

Die Regierung Schröder (SPD)-Fischer (Grüne) setzte dieser sozialen Kahlschlagspolitik mit den Hartz IV-Gesetzen die Krone auf. Sozialstaatliche Leistungen wurden weiter zerredet und gekürzt, um privater Vorsorge Geschäftsvorteile zu zuschanzen. Kurzfristige Renditen waren wichtiger als der soziale Zusammenhalt. In weiten Bereichen der Gesellschaft setzte sich neoliberales Gedankengut fest.

Die Folgen dieser Politik:

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse (Mini-Jobs, zeitlich befristete Jobs, Werkarbeitsverträge, Leiharbeitsfirmen) schossen wie Pilze aus dem Boden und wurden zum deutschen Jobwunder hochstilisiert. Die Zahl der Jobs, wo Vollzeitarbeit nicht ausreicht, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können und die deshalb zusätzlich mit Hartz IV Geld aufgestockt werden müssen, stieg an.

Das Rentenniveau wurde mit Hinweis auf die demografische Entwicklung durch Beschlüsse von Regierung und Parlament abgesenkt und wird 2030 bei nur noch 43 % liegen. Altersarmut ist vorprogrammiert.

Dr. Verena Di Pasquale, stellvertretende Vorsitzende des DGB Bayern schreibt in dem Rentenreport des DGB Bayern, dass *„Altersarmut eine der großen Zukunftssorgen der Menschen ist. Altersarmut droht ein Massenphänomen zu werden. In einer der reichsten Wirtschaftsregionen der Welt sind Menschen von Armut bedroht. Allmählich schwindet der bescheidene und hart erarbeitete Wohlstand vieler Arbeitnehmer/innen. Spitzenverdiener, Unternehmen und Vermögende dagegen werden von der Politik entlastet, die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter.“* (1)

Tabelle 1:

## Rentenanpassungen

1960: 5,94 %
1970: 6,35 %
1980: 4,00 %
1990: 3,10 %
2000: 0,60 %
2001: 1,91 %
2002: 2,16 %
2003: 1,04 %
2004, 2005, 2006 keine Anpassung
2007: 0,54 %
2008: 1,10 %
2009: 2,41 %
2010: xxx
2011: 0,99 %
2012: 2,18 %
2013: 0,25 %
2014: 1,67 %

(2)

Ab der Jahrhundertwende sind die Anpassungen der laufenden Renten an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung massiv geschrumpft. Darin kommt auch zum Ausdruck, dass die Löhne und Gehälter in Deutschland keine großen Zuwächse verzeichneten. Im Gegenteil, in vielen Unternehmen und Branchen mussten die Gewerkschaften und die betrieblichen Arbeitnehmervertretungen Lohn- und Gehaltseinbußen hinnehmen, weil die Unternehmen oft mit Abwanderungen und Investitionsstopp am Standort Deutschland drohten.

Tabelle 2:

### Beitragssätze allgem. RV

1960: 14,0 %
1970: 17,0 %
1980: 18,0 %
1990: 18,7 %
2000: 19,3 %
2005: 19,5 %
2010: 19,9 %
2013: 18,9 %
2014: 18,9 %
2015: 18,7 %

(2)

Insbesondere die Wirtschaftsvertreter forderten von der Bundespolitik massiv eine Senkung der Lohnnebenkosten; sprich eine Senkung des Beitrags zur Rentenversicherung.

Was für die Unternehmen betriebswirtschaftlich Kosten sind, sind morgen für die Arbeitnehmer/innen niedrigere Renten.

Tabelle 3:

## Entwicklung des Standardrentenniveaus

(Standardrente mit 45 Versicherungsjahren, pro Jahr, brutto)

1960: 1.661 €	53,2 %
1970: 3.376 €	49,5 %
1980: 7.562 €	50,2 %
1990: 10.763 €	50,2 %
2000: 13.373 €	48,2 %
2005: 14.110 €	48,3 %
2010: 14688 €	47,2 %
2013: 15.177 €	45,0 % (2)

Das Rentenniveau – gemessen als Faktor aus durchschnittlichem Jahreseinkommen aller Versicherten im Verhältnis zur durchschnittlichen Rentenhöhe – wird durch die Beschlüsse von Bundesregierung und Bundestag kontinuierlich auf 43 % abgesenkt. Das bedeutet für viele zukünftige Rentner/innen Altersarmut!

Die Aufforderung der Politik, hier privat vor zu sorgen, bleibt für viele Versicherte insbesondere im prekären Niedriglohnbereich, eine Illusion. Sie haben nicht genug Einkommen, um zusätzlich eigene Rücklagen für das Alter zu bilden. Außerdem gibt es insbesondere in Kleinbetrieben auch keine betriebliche Altersvorsorge, so dass heute alle Verantwortlichen wissen, dass eine riesige Welle von Altersarmut auf die Gesellschaft zukommt.

Dabei muss bedacht werden, dass heute neun von zehn Personen ab 65 Jahren Bezieher einer gesetzlichen Rente sind. Die gesetzliche Rente ist für die meisten Menschen nach wie vor die einzige bzw. die wichtigste Einnahmequelle im Alter. Die betriebliche Altersversorgung liegt bei 21 Prozent.

Tabelle 4:

### Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der laufenden Renten (alte Bundesländer) am 31.12.2013

	Männer	Frauen
Regelaltersrente	741 €	356 €
Renten für langjährig Versicherte	1.170 €	553 €
R. für besonders langjährig Versicherte	1.475 €	1.106 €
Witwen-/Witwerrenten	246 €	576 €
R. für volle Erwerbsminderung	752 €	683 €

(2)

*(Langjährig Versicherte haben mindestens 35 Versicherungsjahre; besonders langjährig Versicherte haben mindestens 45 Versicherungsjahre.)*

In den alten Bundesländern haben nur 15,3 % der Männer einen monatlichen Rentenzahlbetrag, der über 1.500 € liegt; bei den Frauen sind es sogar nur 0,8 % (!).

Eine monatliche Rentenzahlung von 150 – 450 € dagegen haben 34,2 % der Frauen, aber nur 11,8 % der Männer.

**Altersarmut ist weiblich.** Die wesentlichsten Gründe: Wegen der Kindererziehung unterbrechen viele Frauen ihre Erwerbstätigkeit. Sie arbeiten häufiger in Teilzeit und Mini-Jobs, sie verdienen allgemein weniger als Männer, sie arbeiten mehr im Handel und im Pflegebereich, wo niedrigere Löhne als in der Industrie gezahlt werden.

Die Benachteiligungen der Frauen in der Arbeitswelt setzen sich somit im Rentenalter fort.

Am 31.12.2012 bezogen 126.725 Männer und 211.646 Frauen neben ihrer Altersrente Grundsicherung (allgemein Hartz IV genannt).

Bei den Erwerbsminderungsrenten waren es 77.357 Männer und 58.019 Frauen.

Schon heute ist Altersarmut ein reales Problem. In Zukunft wird es zahlenmäßig noch gravierender werden.

Tabelle 5:

### Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der *Rentenzugänge 2013*

	Männer	Frauen
Regelaltersrente	587 €	318 €
Renten für langjährig Versicherte	1.010 €	520 €
R. für besonders langj. Versicherte	1.475 €	1.111 €
Witwer-/Witwenrenten	237 €	580 €
R. für volle Erwerbsminderung	686 €	614 €

(2)

Ein Vergleich des durchschnittlichen Rentenzahlbetrags der laufenden Renten (Tabelle 4) mit den Zahlbeträgen der Rentenzugänge 2013 (Tabelle 5) zeigt in erschreckender Weise, wie bei der Regelaltersrente für Männer der Betrag in einer dramatischen Größenordnung gesunken ist.

Tabelle 6:

## Entwicklung des Rentenbestands (am Jahresende)

Alte Bundesländer:

	Versichertenrenten	Renten wegen Todes
1960	4,437 Mio	3,435 Mio
1970	6,017 Mio	3,861 Mio
1980	8,038 Mio	4,415 Mio
1990	10,368 Mio	4,643 Mio
2000	13,474 Mio	4,709 Mio
2010	15,295 Mio	4,700 Mio
2013	15,519 Mio	4,610 Mio
Deutschland:		
2013	19,407 Mio	5,757 Mio

(2)

Am 01. Juli 2013 gab es in Schleswig-Holstein 287.050 Männer und 398.739 Frauen, die Rente bezogen. (2)

Wenn der durchschnittliche Gesamtrentenzahlbetrag im Ländervergleich betrachtet wird, dann wird bei den Männern der Betrag von Schleswig-Holstein in fünf anderen Bundesländern untertroffen; bei den Frauen in vier anderen Bundesländern. Der durchschnittliche Gesamtrentenzahlbetrag bei den Frauen in den neuen Bundesländern liegt im Schnitt 200 € über dem schleswig-holsteinischen Durchschnitt.

Tabelle 7:

## Entwicklung der durchschnittlichen Rentenbezugsdauer

(alte Bundesländer, in Jahren)

Jahr	Männer	Frauen
1960	9,6	10,6
1970	10,3	11,1
1980	11,0	12,1
1990	13,9	17,2
2001	14,3	18,3
2005	15,2	19,3
2010	16,5	20,5
2013	17,2	21,0

(2)

Die Rentenbezugsdauer der Männer in den alten Bundesländern hat sich in 53 Jahren fast auf 17,2 Jahre verdoppelt; die der Frauen auf 21 Jahre.

Die längere Bezugsdauer der Renten wird von den Gegnern der gesetzlichen Rentenversicherung gerne als Argument heran gezogen, um Rentenkürzungen zu fordern und das Rentensystem schlecht zu reden. Leider zeigt sich, dass alle Versprechungen der privaten Vorsorge, die dem gesetzlichen Rentensystem angeblich überlegen sein sollte, nicht eintrafen: Die private Vorsorge kassiert hohe Bearbeitungsgebühren und die Finanzspekulationen haben zur massiven Senkung der Renditeversprechungen geführt.

Die gesetzliche Rentenversicherung dagegen hat zwei Weltkriege überstanden und ist, wenn sie nicht politisch verschlechtert wird, ein leistungsfähiges Vorhaben, den Lebensstandard der Versicherten nach dem Arbeitsleben zu garantieren.

Tabelle 8:

## Entwicklung des durchschnittlichen Rentenzugangsalters

(alte Bundesländer)

	verminderte Erwerbsfähigkeit		Alters	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1960	55,8	56,2	65,2	63,9
1980	54,4	57,7	62,5	61,9
1990	53,8	52,6	62,8	63,5
2000	52,6	50,5	62,4	62,8
2013	51,5	50,3	64,1	64,3

(2)

Das durchschnittliche Zugangsalter der Renten wird durch politische Gesetzesänderungen beeinflusst. Auch die Anhebung des Regelaltersrentenbeginns mit 67 Jahren wird zu einer Erhöhung des Rentenzugangsalters führen.

Der frühere Beginn des Rentenalters bei Erwerbsminderung ist ein Spiegelbild der Arbeitsbedingungen, die zu einem vorzeitigen gesundheitlichen Verschleiß führen. Viele argumentieren fälschlicherweise, dass heute die Arbeit nicht mehr körperlich so anstrengend ist wie vor einigen Jahren. Dabei wird unterschätzt, dass die Angst vor Arbeitsplatzverlust, Arbeit unter Zeitdruck, die Zunahme an Stress, an Leistungsverdichtung, an schnellerer Bearbeitungszeit zu einer Zunahme von psychischen Belastungen führen, die sich in Krankheiten niederschlagen können.

Tabelle 9:

## Daten aus Schleswig-Holstein

### Anzahl der Renten in Schleswig-Holstein in 2013

	Frauen	Männer
Altersrenten	335.000	253.860
Erwerbsminderungsrenten	31.860	27.900
Hinterbliebenenrenten	155.190	22.800

(8)

### Durchschnittliche Rentenhöhe in Schleswig-Holstein in 2013

	Frauen	Männer
Altersrenten	529 €	1.061 €
Erwerbsminderungsrenten	684 €	713 €
Hinterbliebenenrenten	606 €	246 €

(8)

### Vergleich Altersrente alle Renten und Renten mit mindestens 35 Versicherungsjahren in Schleswig-Holstein

	Frauen	Männer
Alle Renten	529 €	1.061 €
Renten mit mind. 35 V-Jahren	882 €	1.180 €

(8)

## 45 Jahre Mindestlohn verdient

Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde und 173 Arbeitsstunden pro Monat ergibt sich ein Verdienst von 1.470,50 Euro brutto.

Daraus folgt ein jährlicher Verdienst von 17.406 Euro.

Bei einem Durchschnittsverdienst von 34.857 Euro in 2013 ergibt das 0,5 Entgeltpunkte.

Rente:  $45 \times 0,5 \times 28,61 = 643,72$  Euro.

(8)

### **Der Mindestlohn reicht nicht aus, um eine gesetzliche Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus zu erreichen!**

Verfolgt man die Diskussion um den Mindestlohn in Deutschland, wo die neoliberalen Lobbyisten den Untergang der Wirtschaft und den dramatischen Abbau von Arbeitsplätzen beschwören (Mini-Jobs, von denen keiner leben kann, werden als vollwertige Arbeitsplätze betrachtet), wenn denn der Mindestlohn kommt, ist an Absurdität, Raffgier und Verschrobenheit nicht zu überbieten.

Im Klartext fordern diese Lobbyisten doch folgendes: Ihre Gewinne sollen weiter durch Billig-Löhner garantiert werden. Niedrig entlohnte Arbeitnehmerinnen sollen weiter durch das staatliche Fürsorgesystem unterstützt werden, damit sie von ihren Gewinnen nichts abzugeben brauchen. Was steckt hinter diesem Verhalten für ein Weltbild? Mit sozialer Marktwirtschaft, mit der Teilhabe aller Arbeitnehmer/innen am wachsenden Wohlstand und damit mit der Erhaltung des sozialen Friedens hat diese Einstellung nichts zu tun.

## Einige Schlussfolgerungen des SoVD

Als Sozialverband fordert der SoVD eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie ist die tragende Säule der Alterssicherung in Deutschland, und auch in Zukunft ist sie unentbehrlich.

*Leistungsverbesserungen sind aus SoVD Sicht dringend geboten, um eine ausgewogene Balance in der Alterssicherung wieder herzustellen. Denn die Lastenverteilung in der Alterssicherung ist in den zurück liegenden Jahren immer weiter aus dem Gleichgewicht geraten: Während das Beitragsziel deutlich übererfüllt wurde und der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung immer wieder gekürzt wurde, mussten Rentnerinnen und Rentner einen massiven Wertverfall ihrer Renten erleben. (3).*

Die Akzeptanz der bewährten gesetzlichen Rentenversicherung darf nicht weiter durch massive politische Leistungseinschnitte zu Lasten der Versicherten, Rentnerinnen und Rentner verschlechtert werden.

Nach Auffassung des SoVD muss der Gesetzgeber die gesetzliche Rentenversicherung so ausgestalten, dass Versicherte nach einem erfüllten Erwerbsleben eine Rente erhalten, die den Lebensstandard im Alter absichert und einen gleichzeitigen Bezug von Grundsicherungsleistungen entbehrlich macht.

Wir fordern die Rückkehr zu einer gesetzlichen Rente, die den Lebensstandard sichert und ein würdevolles Leben ermöglicht.

Das Rentenniveau darf nicht weiter kontinuierlich abgesenkt werden sondern es sind Leistungsverbesserungen erforderlich, um nicht einen dramatischen Anstieg der Altersarmut in den nächsten Jahren zu erleben. Die Rentenlücke darf nicht weiter wachsen. (7)

Die Arbeitnehmer/innen werden von Politik, Wirtschaft und Finanz-Lobbyisten gedrängt, immer länger zu arbeiten. 67 soll noch lange nicht die Grenze sein. Manche träumen schon von der Rente mit 70 und andere wollen die Altersgrenze ganz aufheben. Aber länger arbeiten und dann weniger Rente bekommen, passt nicht zusammen. Der Absturz der Renten ins Bodenlose muss beendet werden.

Auch der DGB Bezirk Nord weist darauf hin, dass sich Altersarmut nicht über die Rentenversicherung verhindern lässt sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Der Grundstein für die Vermeidung von Altersarmut wird bereits im Erwerbsleben gelegt. Geringe Löhne verringern zwangsläufig die Rentenleistung im Alter. (6) Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften für faire und gute Arbeit durch Tarifverträge zu kämpfen und dadurch ein auskömmliches Einkommen im Alter zu garantieren. Die Mini-Jobs dürfen nicht weiter ausgeweitet werden, weil prekäre Arbeit zu prekären Renten führt. Die Zahl der Erwerbsminderungsrenten muss durch eine Humanisierung der Arbeitswelt verringert werden. Die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben in Richtung alters- und alternsgerechte Arbeitsplätze muss angepackt werden.

In der aktuellen Politik spricht sich der SoVD für eine Stabilisierung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung aus und lehnt die für 2015 vorgeschlagene Absenkung des Beitragssatzes auf 18,7 % ab (4). Die minimale Entlastung würde für einen Durchschnittsversicherten weniger als 3 € im Monat bedeuten. Würde diese Absenkung nicht beschlossen, könnte die Demografiereserve weiter aufgebaut werden. Außerdem fordert der SoVD, dass die Mütterrente in vollem Umfang aus Steuermitteln zu erfolgen hat. Die Politik muss endlich Schluss machen, versicherungsfremde Leistungen aus der Sozialversicherung zu finanzieren und den Steuerzahler davon frei zu stellen.

Der SoVD lehnt es ab, dass SGB II-Leistungsberechtigte (Hartz IV-Empfänger/innen) zwangsweise verrentet werden. Ältere Arbeitslosengeld II-Bezieher/innen sollen selbst entscheiden, ob sie weiterhin Arbeitslosengeld II beziehen oder eine vorgezogene Altersrente mit Abschlägen in Anspruch nehmen wollen. (5) Denn durch die Zwangsverrentung wird das Risiko einer wachsenden Altersarmut verschärft. Langzeitarbeitslose unterliegen einem besonderen Armutsrisiko.

Die Gesellschaft muss sich politisch entscheiden, ob sie weiterhin den neoliberalen Weg in eine Ich-bezogene, entsolidarisierte Gesellschaft folgen oder ob sie wieder eine Stärkung des Gemeinwohls, des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Sicherheit will.

## Über uns

Der SoVD ist ein gemeinnütziger Verband. Der SoVD Kreisverband Stormarn vertritt die sozialen Interessen von fast 8.000 Mitgliedern.

Wir sind die sozialpolitische Stimme unserer Mitglieder, vertreten sie in sozialrechtlichen Fragen vor dem Sozialgericht und den Behörden und tragen mit unseren geselligen Veranstaltungen zum Zusammenhalt in der Gesellschaft bei.

Wir vertreten die sozialen Interessen unserer Mitglieder gegenüber politischen Entscheidungsträgern, Behörden und Ämtern, Parteien und Verbänden.

Ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit zu erzielen, ist unser Ziel.

Es lohnt sich, Mitglied im SoVD zu werden!

SoVD Kreisverband Stormarn

Königstraße 10

23843 Bad Oldesloe

Tel. 04531 2772

Homepage: [www.sovd-stormarn.de](http://www.sovd-stormarn.de)

eMail: [info@sovdstormarn.de](mailto:info@sovdstormarn.de)

## Quellenverzeichnis

- (1) Rentenreport des DGB Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München, Dezember 2014, Verantwortlich: Dr. Di Pasquale, stellvertretende Vorsitzende des DGB Bayern, Homepage: [www.bayern.dgb.de](http://www.bayern.dgb.de)
- (2) Rentenversicherung in Zahlen 2014, Herausgeber: DRV Bund, Ruhrstr. 2, 10709 Berlin; Internet: [www.deutsche-rentenversicherung.de](http://www.deutsche-rentenversicherung.de)
- (3) Stellungnahme des SoVD Bundesverband vom 29. April 2014 anlässlich der öffentlichen Anhörung durch den Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages am 5. Mai 2014; Internet: [www.sovd.de](http://www.sovd.de)
- (4) Stellungnahme des SoVD Bundesverband vom 11. November 2014 zur Verordnung zur Bestimmung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Beitragsjahr 2015
- (5) Stellungnahme des SoVD Bundesverband vom 27. November 2014 zur Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags am 1. Dezember 2014
- (6) Pressemitteilung des DGB Bezirk Nord vom 24.10.2014 „Aber Altersarmut bedroht den Norden)
- (7) Pressemitteilung des SoVD Bundesverbands vom 17.11.2014 zu den Berichten über die Höhe künftiger Rentenanpassungen
- (8) Anke Wieduwilt, DRV Nord, Vortrag in der Fachtagung „Altersarmut ist weiblich“ im Rahmen des Sozialen Bündnisses in Schleswig-Holstein am 24. September 2014 in Kiel